

*Ein paar polemische Anmerkungen zu:*  
**Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand (PROKLA)**  
<http://www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/2016/prokla-redaktion.pdf>

I.

Tatsächlich nimmt sich die Prokla-Redaktion den „globalen Kapitalismus“ vor. Erscheinungen rund um den Globus werden angesprochen und ein- und zugeordnet in dem Bemühen um eine „*kritisch-materialistische Analyse*“. Trotzdem kommt man „*ins Hintertreffen*“, „*hinkt der schnellen Abfolge, der Verschiebung der Herausforderungen und Prioritäten hinterher*“.

Im Zentrum der Kritik steht eine bestimmte „*Entwicklungsweise des Kapitalismus*“, die als „*neoliberal, finanzdominiert*“ gekennzeichnet wird und durch die jüngste Krise in Frage gestellt sei.

*„Unsere These ist, dass **die jüngste Krise eine „große“, „strukturelle“ Krise ist, die nicht durch kleinere Anpassungsprozesse im Rahmen der vorherrschenden neoliberalen, finanzdominierten Entwicklungsweise des Kapitalismus überwunden werden kann, sondern diese selbst infrage stellt. Es handelt sich nicht nur um eine ökonomische Krise, sondern um eine organische Krise im Sinne Antonio Gramscis, die sich auch im Politischen, in einer Krise der Demokratie und in verschärften internationalen Konflikten manifestiert.***

*Nicht alle Probleme der gegenwärtigen Situation lassen sich, selbst wenn sie mit dem globalen Kapitalismus zusammenhängen, unmittelbar auf die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise zurückführen. Aber auch die seit längerem diagnostizierten Krisentendenzen in den Bereichen der Reproduktion der Arbeitskraft, der Geschlechter- oder der gesellschaftlichen Naturverhältnisse werden, obwohl sie ihre spezifische Zeitlichkeit haben und sich gemäß ihrer eigenen Rhythmen entwickeln, durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise in ein besonderes Licht getaucht. All diese verschiedenen Krisentendenzen interagieren auf spezifische Weise, sodass **es berechtigt ist, von einer multiplen Krise zu sprechen** (vgl. Demirović u.a. 2011). Um sie zu begreifen, ist es notwendig, sich die Widersprüche der neoliberalen, finanzdominierten Entwicklungsweise des Kapitalismus klar zu machen. Wir wollen die aus unserer Sicht wichtigsten im Folgenden kurz darstellen.“ S. 509*

Als ich den Artikel durchgelesen hatte, fand ich, dass diese These eigentlich anders hätte formuliert werden müssen. Etwa so:

*„Unsere These ist, dass die jüngste Krise des Kapitalismus eine organische Krise im Sinne Gramscis ist, die sich nicht nur im Politischen, in der Krise der Demokratie und in verschärften internationalen Konflikten manifestiert. Es handelt sich auch um eine ökonomische Krise.“  
Das träfe diese „kritisch-materialistische Analyse“ viel besser.*

Irgendwo mittendrin und nebenher wird auch folgendes festgestellt:

*„**Der entscheidende Faktor bleibt, dass es eine Überakkumulation von Kapital gibt, also gesellschaftlicher Reichtum sich nicht in dem Maße verwerten kann, wie er angehäuft wurde. Die kapitalistischen Gesellschaften sind zu reich geworden – oder anders gesagt, die Verhältnisse erweisen sich als Grenze, diesen Reichtum in der bisherigen Form zu verwalten und zu erhalten.**“ S. 519, 520*

Dieser „entscheidende Faktor“ spielt aber auf den 36 Seiten keine Rolle. Es existiert bei den AutorInnen allenfalls eine blasse Erinnerung an die radikale Kritik der Politischen Ökonomie, die

Ware, Geld und Kapital in Frage stellt und nicht nur eine „bestimmte Entwicklungsweise“ des Kapitals, die man als neoliberal und finanzdominiert bezeichnet. Ich frage mich, was die AutorInnen denn eigentlich unter „*der bisherigen Form*“, den Verhältnissen, die sich als Grenze erweisen, verstehen, die nicht mehr geeignet ist, diesen kapitalistisch erzeugten Reichtum „zu verwalten und zu erhalten“. Ist es jetzt das Kapital selbst oder doch nur die „neoliberale, finanzdominierte Entwicklungsweise“? An welche Grenze wurde da gestoßen?

Bei Marx kann man nachlesen, dass Überakkumulation von Kapital Überproduktion von Kapital heißt, und dass dies die Überproduktion von Waren einschließt. (MEW Bd. 25, S. 261) Kapitalistische Krisen sind Überproduktionskrisen, regelmäßig wiederkehrende Krisen, die es so sie in keiner anderen Produktionsweise bisher gegeben hat. Jede „Entwicklungsweise“ der kapitalistischen Produktionsweise beruht auf dem Vorherrschen der Warenproduktion und jede „Entwicklungsweise“ des Kapitals verallgemeinert die Warenproduktion weiter. Man hätte von „MarxistInnen“ eigentlich erwarten dürfen, dass bei einer „kritisch-materialistischen Analyse“ des globalen Kapitalismus neben dem jetzigen „Ausnahmezustand“, der Besonderheit der aktuellen Situation, auch diese allgemeinen, das Kapital generell kennzeichnenden Eigenschaften eine angemessene Berücksichtigung finden. Dieser „Ausnahmezustand“ ist eben „entscheidend“ ein Produkt der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, von denen die kapitalistische Warenproduktion beherrscht wird.

Stattdessen hebt man hervor, dass die Krise groß und strukturell sei; sie nicht durch kleinere Anpassungen im Rahmen der neoliberalen, finanzdominierten Entwicklungsweise überwunden werden könne. In diesem Sinne groß und strukturell war auch schon die Krise Mitte der 1970er Jahre, die den Ausgangspunkt für die sogenannte neue „Entwicklungsweise“ des Kapitals markierte.

Jetzt sei die Krise auch noch „multipel“. Groß, strukturell und multipel, eben organisch. Was für Begriffe! Groß, strukturell und multipel ist der ganze Kapitalismus. Strukturell und multipel sind alle Krisen der kapitalistischen Produktionsweise (kommt eben darauf an, was man unter „Struktur“ versteht und wie man die Komplexität moderner Gesellschaften einschätzt). Eine vergleichsweise „große“ Krise war die der 1870er Jahre, die der 1930er Jahre, die der 1970iger Jahre.

Die These davon, dass die Krise groß, strukturell und obendrein multipel sei, ist jedenfalls ziemlich „hohle Brosche“. Um das festzustellen, bedarf es keiner „kritisch-materialistischen Analyse“; wohl aber dazu, in diesen ganzen Besonderheiten das „*ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft*“ (Marx) zu enthüllen.

Warum eigentlich nutzt man solche „Ausnahmezustände“ nicht, um die allgemeine Kapitalkritik – also die Kritik an Ware, Geld und Kapital - weiter zu entwickeln und populär zu machen? Stattdessen sprießen überall die besonderen Theorien, von besonderen Phasen, Etappen, Stadien, Entwicklungsweisen. Naja, damit kann man sich „einen Namen machen“ oder ggf. eine politische Sekte gründen und am Leben erhalten.

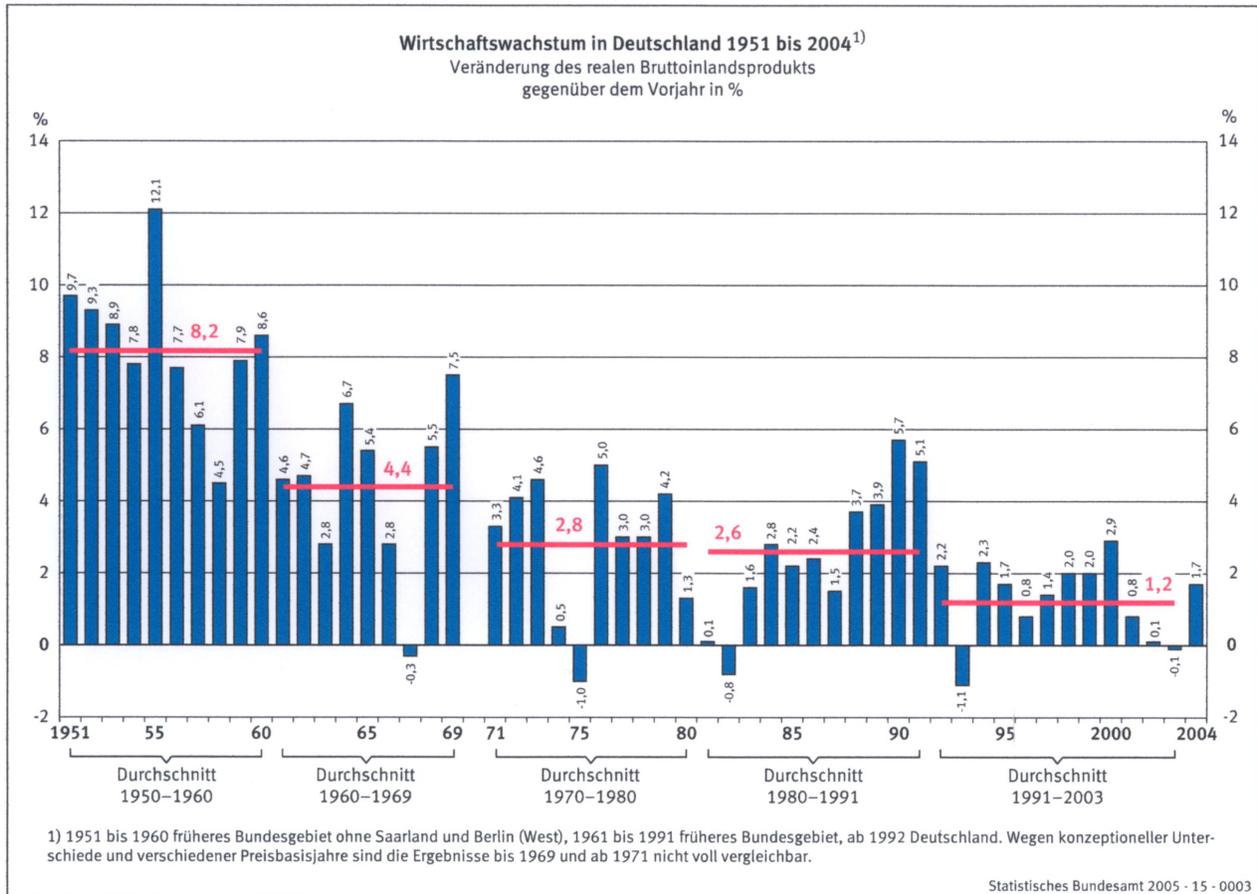
## II.

Diese ganze merkwürdige Konstruktion der besonderen „Entwicklungsweise“ des Kapitalismus beruht wesentlich auf einigen Legenden, die man nicht müde wird zu wiederholen. Richtiger werden sie durch diese gebetsmühlenartige Wiederholung nicht. Zum Beispiel Wachstumsraten des BIP und Profitraten. Die „neoliberale, finanzdominierte Entwicklungsweise“ der Kapitalismus beginne mit den 1970iger Jahren. Seit diesen 1970er Jahren seien die Wachstumsraten des BIP und die Profitraten tendenziell gesunken.

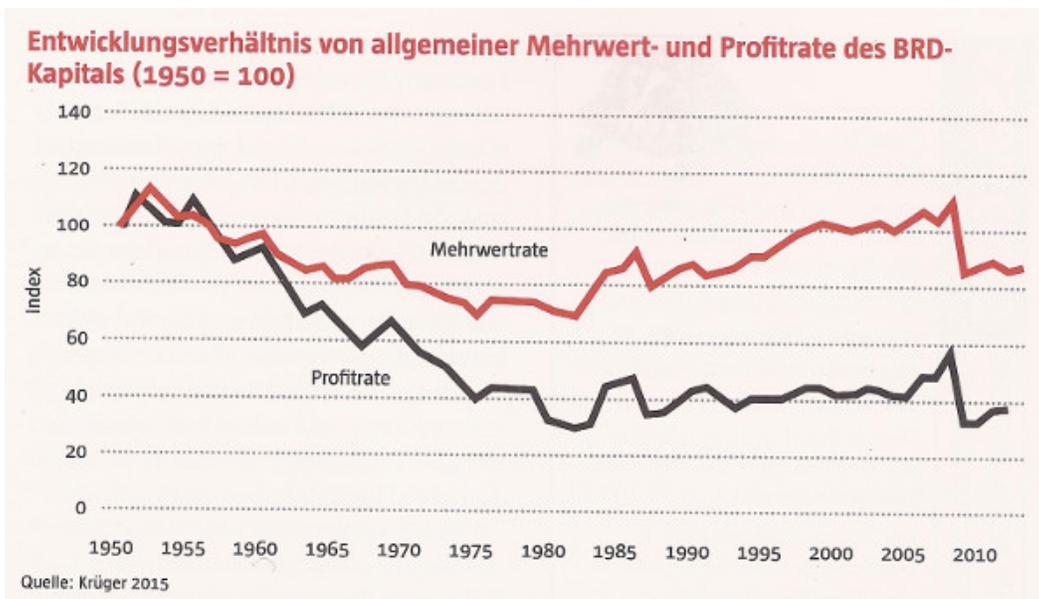
*„Auch mit dem gegenwärtigen Konjunkturzyklus scheint sich der **seit den 1970er Jahren** offensichtliche Trend sinkender Wachstumsraten fortzusetzen.“ S. 509*

„Als das „Goldene Zeitalter“ (Marglin/Schor 1990) des Kapitalismus mit der Stagflation in den 1970er Jahren an sein Ende geriet und die Profitraten in den kapitalistischen Zentren sanken, begann das Kapital, die Produktionsprozesse auf unterschiedliche Weise zu restrukturieren.“ S. 509, 510

Fakt ist, dass es seit den 1950 Jahren, mit Beginn des Nachkriegsbooms, offensichtlich diesen Trend zu sinkenden Wachstumsraten gibt.

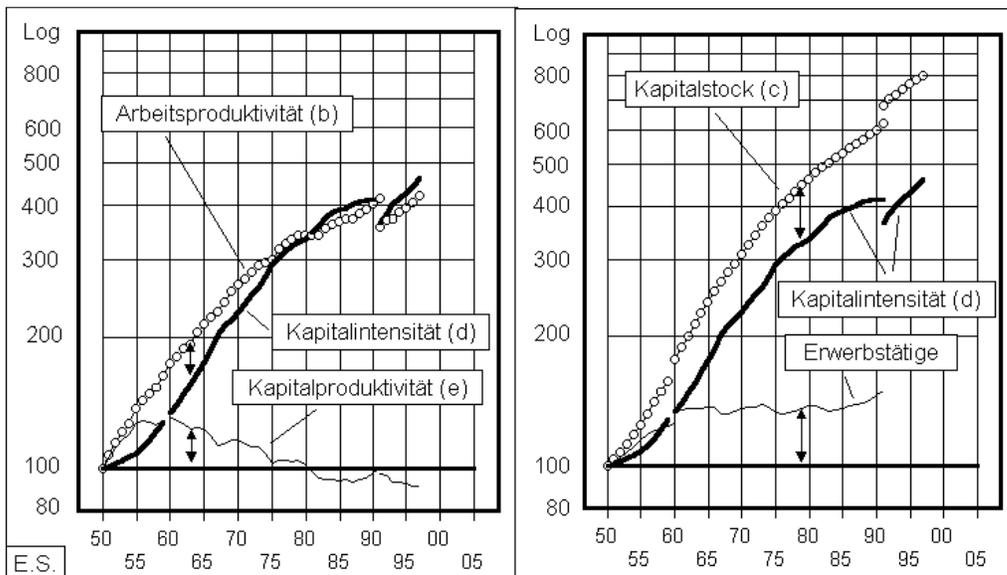


Fakt ist auch, dass die Profitraten bereits oder gerade während des „Goldenen Zeitalters“ durch eine sinkende Tendenz gekennzeichnet waren.



Offensichtlich ist gerade das „goldene Zeitalter“ durch tendenziell sinkende Profitraten gekennzeichnet. Folgt man der marxischen „kritisch-materialistischen Analyse“ - speziell seiner Akkumulationstheorie -, dann kann das auch nicht verwundern. Schließlich ist danach die sinkende Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals Produkt einer dynamischen Akkumulation, bei der sich die organische Zusammensetzung des Kapitals – also die Wertzusammensetzung, soweit sie technisch bestimmt ist – verändert. Gerade die 1950iger und 1960er Jahre waren durch eine solche Akkumulation gekennzeichnet. In der bürgerlichen Statistik drückte sich das in steigender Kapitalintensität aus.

**Kapitalintensität, die Faktoren Arbeit und Sachkapital sowie ihre Produktivitäten**  
Bundesrepublik Deutschland (a), 1950 = 100



Fußnoten im Text.

Die Kapitalakkumulation während des „Goldenen Zeitalters“ war aber auch durch „Erweiterungsinvestitionen“ gekennzeichnet. Die Kapitalintensität stieg, aber zugleich stieg die Nachfrage nach Arbeitskraft. Relativ zum eingesetzten Kapital nahm das variable Kapital ab, aber absolut nahm es enorm zu. Somit konnte auch wachsende Profitmasse als Produkt wachsender Beschäftigung die sinkende Profitrate mehr als kompensieren. Dieser Prozess kam erst an seine Ende als der Nachkriegsboom die allgemeine Inflation kräftig anheizte und speziell die Löhne kräftig stiegen. Grundlage dafür: die große Nachfrage nach Arbeitskraft („Vollbeschäftigung“). Realisiert durch einen auf dieser Grundlage erfolgreich praktizierten Sozialreformismus („Sozialpartnerschaft“) in etlichen hoch entwickelten kapitalistischen Ländern.

Mit der Weltwirtschaftskrise von 1974/75 war es in der Tat Schluss mit diesem „Goldenen Zeitalter“ der Nachkriegsblüte, die man uns heute weniger als ein Produkt der Ergebnisse des Zusammenbruchs in Weltwirtschaftskrise, Depression und Weltkrieg verkaufen will, als vielmehr als ein Produkt eines sozialen Keynesianismus. Dieser soziale Reformismus funktionierte aber nur auf dem Boden des Nachkriegsbooms und hat ihn keinesfalls erzeugt. (Allen Unkenrufen über die segensreichen Wirkungen des „New Deal“ zum trotz.)

Folgt man der allgemeinen Kapitaltheorie von Marx, dann erklären sich Kontinuität und Umrüche in der „Entwicklungsweise des Kapitalismus“ ganz anders, als auf Basis der „Regulationstheorie“.

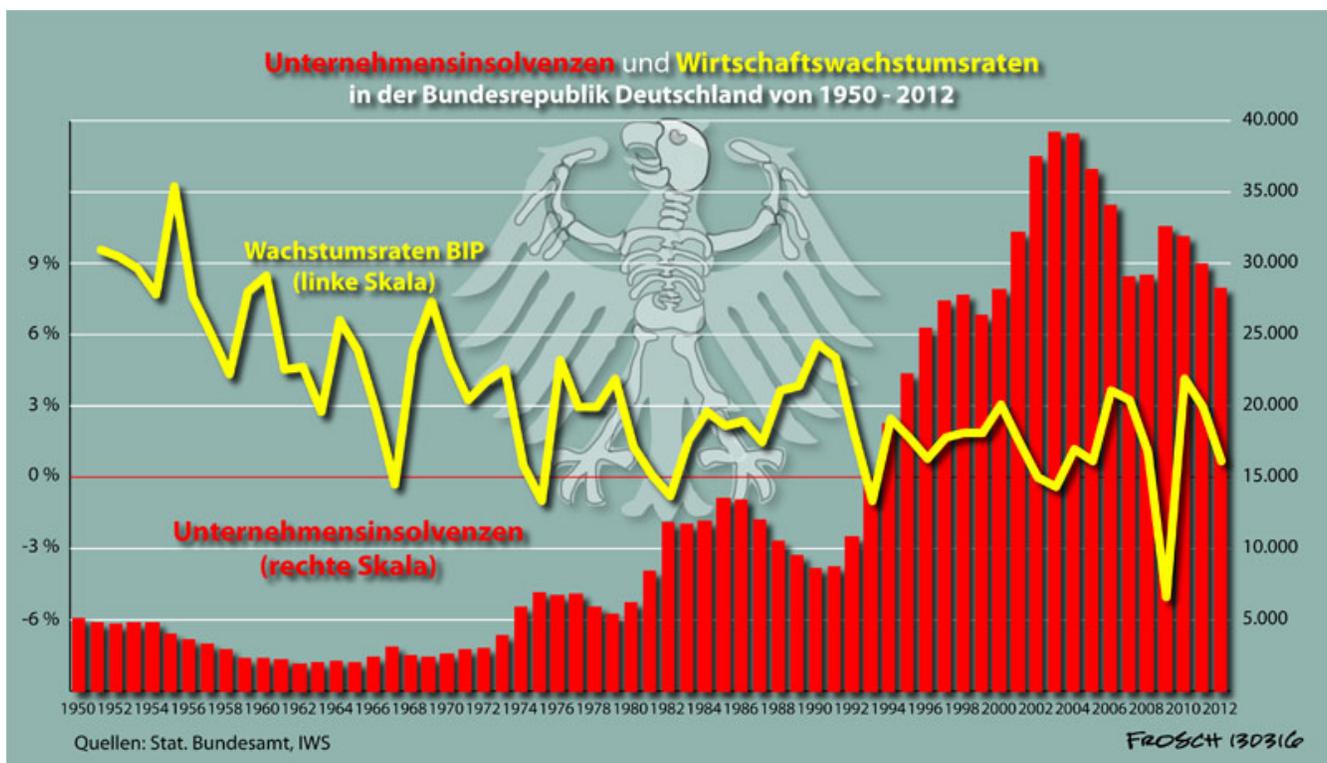
In dem Text der Prokla-Redaktion heißt es auch:

*„Ausgehend von einigen Krisenzusammenhängen, denen wir den ersten Teil des Textes widmen, versuchen wir im zweiten Teil eine Analyse der aktuellen Veränderungen der politischen Konstellationen. **Es geht uns letztlich darum, die gegenwärtige politische Konjunktur zu analysieren, um die Grundlagen für die Entwicklung einer angemessenen Strategie der Linken zu schaffen.**“ S. 508*

Was hat es mit dieser „politischen Konjunktur“ auf sich? Wie ist sie zu erklären?

Grundlage dafür ist die „ökonomische Konjunktur“, das heißt die zyklische Konjunktur der Kapitalakkumulation. Jeder dieser Zyklen endet in einer Krise, die durch Überakkumulation und Überproduktion herauf beschworen wird. In der Krise 1974/75 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf über eine Million. Der danach folgende kurze Aufschwung ließ diese Zahl nicht wesentlich sinken. In der dann folgenden Krise 1981-1983 verdoppelte sich die Zahl der Arbeitslosen auf über 2 Millionen. Usw. Keine Politik hätte verhindern können, dass dadurch die Löhne unter Druck geraten. Keine Politik hätte verhindern können, dass die Sozialversicherungen – speziell die Arbeitslosenversicherung - unter Druck geraten. Fast alles, was man heute auf neoliberale Politik zurückführt, war und ist in erster Instanz ein Produkt der ökonomischen Entwicklung selbst: nämlich wachsender Druck auf die LohnarbeiterInnen allgemein und die Lohnarbeitslosen im Besonderen. Bei steigender Arbeitslosigkeit senken die Unternehmen die Löhne und eine wachsende Zahl von LohnarbeiterInnen ist gezwungen, ihre Arbeitskraft zu einem geringeren Preis zu verkaufen. Bei steigender Arbeitslosigkeit wachsen die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung und die Einnahmen sinken. Usw. Das ist kein Produkt einer verfehlten Politik, sondern der Kapitalakkumulation selbst.

Der konsequente Sozialreformismus verlangt dagegen eine „antizyklische“ Politik durch „Umfairteilung“ von oben nach unten, denn Geld sei ja genug da, und wo es fehle, könne man es drucken. Der Staat sei gefragt und müsse zur Stärkung der Nachfrage beitragen. Die Sache hat mindestens einen Haken:



Die erweiterte Reproduktion von Kapital, sein Wachstum hängt nicht nur ab, von erfolgreicher Verwertung der großen Kapitale. Sie verlangt zugleich Verwertungsbedingungen, unter denen sich neue Kapitale bilden können. Solche Bedingungen während des „Goldenen Zeitalters“ und sie waren entstanden durch den vorhergehenden Zusammenbruch.

Niedrige Profitraten sind ein tödliches Gift für solche „start-ups“, wie es heute neudeutsch heißt, weil für sie die Masse des Profits eine niedrige Profitrate nicht kompensieren kann .

In jeder Krise macht eine größere Zahl von kapitalistischen Unternehmen Pleite. Die Zahl der Insolvenzen sinkt dann wieder mit dem folgenden Aufschwung. Die Grafik macht deutlich, auf welches hohe Niveau die Zahl der jährlichen Unternehmensinsolvenzen gestiegen ist. Darin drückt sich aus, auf welchem niedrigen Niveau die Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals gesunken ist.

**Auf ein niedriges Niveau gesunkene Wachstumsraten des BIP, auf ein niedriges Niveau gesunkene Durchschnittsprofitrate des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, und ein hohes Niveau der Unternehmensinsolvenzen stehen in einen Zusammenhang, dessen bestimmende Größe die Profitrate ist.**

Es ist diese „besondere Entwicklungsweise“ des Kapitalismus, die es rechtfertigt von einer anhaltenden, „strukturellen Überakkumulation“ in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern zu sprechen; jedenfalls dann, wenn man unter Struktur die kapitalistischen Produktionsverhältnisse versteht und nicht irgend ein besonderes „Akkumulationsregime“. Diese 3 Größen erklären auch das Ausmaß der heutigen „Schatzbildung“, die Akkumulation von Kapital in Geldform, das rapide Anwachsen des „Finanzsektors“ mit dem wachsenden Hang zur Spekulation auf dem Finanzmarkt und die vergleichsweise geringen Investitionen in der sogenannten „Realwirtschaft“. Aus meiner Sicht ist diese neue, „besondere Entwicklungsweise“ des Kapitalismus Resultat gerade des außerordentlichen Wachstums, der dynamischen Kapitalakkumulation in den sogenannten „Trente glorieux“ nach dem 2. Weltkrieg, worin sich das von Marx entdeckte „allgemeine Gesetz der Kapitalakkumulation“ bestätigt.

Das Allgemeine setzt sich stets (in jeder historischen Situation) - und überall (in allen Ländern/Nationalökonomien) nur in jeweils besonderen Formen durch; gerade das gilt es in theoretischer Analyse und Kritik der politischen Ökonomie herauszuarbeiten.

„Antizyklische“ Politik kann eine Krise mildern, deren Verlauf abkürzen. Indem sie das aber tut, konserviert sie Überakkumulation, verhindert sie Kapitalentwertung und Vernichtung und bereitet damit größere Krisen vor. Auch das macht alle bisherige „Staatsintervention“ aus meiner Sicht deutlich. „Antizyklische“ Politik mit Stärkung der Nachfrage und wachsender Staatsverschuldung ist also gerade das letzte, was eine eine anhaltende, „strukturelle Überakkumulation“ überwinden könnte. Sie erhält und verstärkt diese Art der Überakkumulation.

Um zu verstehen, was es mit dem „Neoliberalismus“ und der sogenannten „Dominanz des Finanzkapitals“ auf sich hat, ist es jedenfalls nötig, sich näher gerade mit der ökonomischen Entwicklung zu beschäftigen, die zu der neuen „Entwicklungsweise“ führte. Soweit der Staat Maßnahmen ergreift, die darauf abzielen, die Profitrate zu erhöhen – Unternehmen „entlasten“ und LohnarbeiterInnen „belasten“ - gibt es dazu unter den Bedingungen anhaltender Überakkumulation im Kapitalismus keine wirkliche Alternative. Daher sind fast alle wählbaren politischen Alternativen auf die eine oder andere Weise „neoliberal“. Würden jene Linken, die sich heute bei Keynes bedienen und beeindruckt sind von der Profitmasse, die große Kapitale realisieren, - meinen Geld sei ja genug da usw. -, in die Lage versetzt, ihre Programme umzusetzen, dann würde das die ökonomischen und sozialen Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise unter den heutigen Bedingungen nicht harmonisieren, sondern rasant zuspitzen. Die enorme Liquidität entspringt eben nicht einem psychologischen Hang dazu, sondern den Verwertungsbedingungen des Kapitals. Der zunehmende „Hang zur Liquidität“ ist ein Produkt der Überakkumulation und einer ihrer Ausdrücke. Die kapitalistische Lösung des Konflikts besteht einzig in gigantischen Entwertungsprozessen, die das Kapital insgesamt betreffen und besonders die Formen des fiktiven Kapitals. In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern spitzt sich der Konflikt von Zyklus zu Zyklus weiter zu.

## II.

Zum Instrumentarium der „kritisch-materialistischen Analyse“ von Prokla gehört auch die heute übliche Unterscheidung zwischen Regulation = gut und Deregulation = schlecht. So beklagt man insbesondere die „Deregulierung der Arbeitsverhältnisse“ (S. 519). Dazu wird u.a. ausgeführt:

*„Im Verhältnis zu den seit den 1970er Jahren rückläufigen Wachstumsraten des Sozialprodukts sind die Produktivitätszuwächse trotz aller Einschränkungen erheblich, was die Lohnabhängigen mit Arbeitslosigkeit bedrohte und es den Unternehmen erleichtert hat, sie unter Druck zu setzen. Die Kräfteverhältnisse haben sich daher zugunsten des Kapitals verschoben. Dies ist auch daran zu sehen, dass die Reallöhne, die sich im „goldenen Zeitalter“ des Kapitalismus annähernd parallel zu den Produktivitätszuwächsen entwickelten, von diesen zunehmend entkoppelt wurden und stagnierten oder in einigen Fällen sogar sanken. Die Lohnspreizung nahm zu, **einheitliche Standards der Regulierung von Arbeit wurden immer mehr durchlöchert und die Arbeitsbedingungen wurden zunehmend heterogener.** Im Gegensatz zum säkularen Trend seit dem 19. Jahrhundert gibt es Tendenzen der Arbeitszeitverlängerung.“ S. 512*

oder:

**„Das gesamte System der Regulierung von Arbeit wurde grundlegend verändert, etwa durch die Aufwertung der betrieblichen gegenüber der branchenweiten Verhandlungsebene oder überhaupt durch die Abschaffung von Tarifverhandlungen.“ S. 521**

Was wird denn da beklagt und kritisiert? Die „*einheitlichen Standards der Regulierung von Arbeit*“ wurden weniger „*durchlöchert*“, als von anderen „*einheitlichen Standards*“ ersetzt. Die Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze zeigen das sehr deutlich.

Als ich während der Krise 1981-83 arbeitslos wurde und für 2 Jahre blieb, habe ich es als wohltuend „dereguliert“ empfunden, dass es noch keinen Zwang gab, „jede nicht sittenwidrige Arbeit“ anzunehmen. Ohne Sanktionen konnte ich ein paar Jobs, die mir als Maschinenschlosser angeboten wurden, ablehnen, weil u.a. die angebotenen Löhne mir zu niedrig waren. Und heute? Heute ist das reguliert, ist ein „*einheitlicher Standard*“ geschaffen worden. Es reichte ja nicht aus, einem breiten Niedriglohnsektor, der infolge von Krisen und hoher Lohnarbeitslosigkeit sich sowieso breit machte, eine gesetzliche Grundlage zu verschaffen, ihn zu regulieren; man musste obendrein noch einheitliche Instrumente schaffen, um die „*Arbeitsunwilligen*“ in jeden Scheißjob zwingen zu können. Das „*Fördern und Fordern*“, wie es heute von der Arbeitsagentur praktiziert wird, wird jeder denkende Lohnabhängige nicht als einen Mangel an Regulation sondern ein Übermaß an Regulation empfinden, die seine Entscheidungs- und Handlungsspielräume einschränkt, auf das die Entscheidungs- und Handlungsspielräume des Kapitals – nicht nur und nicht einmal in erster Linie des „*Finanzkapitals*“ - größer werden. Dieses „*Fördern und Fordern*“ ist eine Vermehrung der Regulation, Schaffung einheitlicher Standards durch entsprechende Gesetze. Der „*stumme Zwang der Verhältnisse*“, das Gesetz von Angebot und Nachfrage reicht offenbar nicht mehr, um das System der Lohnarbeit unter den Bedingungen anhaltender und durch den Staat aktiv konservierter Überakkumulation („*Überfluss an Kapital bei Überfluss an Bevölkerung*“ MEW Bd. 25, S. 261 ff) am Laufen zu halten. Aus dem Zwang zur Arbeit wird dann auch schon mal Zwangsarbeit. (Der „*feine Unterschied*“ zwischen beiden ist etlichen radikalen Linken abhanden gekommen.)

Beklagt wird von der Redaktion auch, dass die „*Arbeitsbedingungen zunehmend heterogen*“ werden. Aber was für eine Kritik ist das denn? Die Arbeitsbedingungen sind zunächst einmal so heterogen, wie die konkreten Arbeiten, die da verrichtet werden. Die Arbeitsbedingungen in einem Operationsaal werden sich jedenfalls immer sehr von denen unterscheiden, unter denen SpargelstecherInnen, StahlwerkerInnen oder ProgrammiererInnen ihre Arbeit verrichten. Sollte es jemals einen gesellschaftlichen Zustand geben, in dem Menschen leicht von einer Tätigkeit zur anderen wechseln können, wird das immer noch nichts an der Heterogenität der Arbeitsbedingungen ändern! Alle Arbeitsbedingungen sind zunächst einmal bestimmt durch die konkreten Arbeiten, die da verrichtet werden. Je vielfältiger diese Arbeiten in gesellschaftlicher Arbeitsteilung, desto heterogener die Arbeitsbedingungen.

Wenn heute solche Arbeiten für das Kapital verrichtet werden, dann kommt aber noch was dazu. Das Gemeinsame an diesen Bedingungen ist die Lohnabhängigkeit. Das heterogene sind die Löhne, die Arbeitszeiten etc. Und diese ökonomisch-soziale Heterogenität von Arbeitsbedingungen nimmt auch zu, was nicht an den Arbeiten selbst liegt, sondern, an ihrer Form und Abhängigkeit vom Kapital. Selbstverständlich unterstelle ich den Autoren des Artikels, dass sie diese Heterogenität beklagen und kritisieren. Aber warum schreiben sie dann nicht darüber? Weil sie weniger das Lohnsystem aufs Korn nehmen, sondern vielmehr nur eine bestimmte „*Entwicklungsweise*“ des Lohnsystems. Wenn man das nämlich tut, dann erscheint plötzlich eine weniger „*heterogene*“ Ausdifferenzierung der Lohnarbeit – das Wort taucht in dem ganzen Artikel kaum auf – als sehr attraktiv. Dann geht es eben um eine andere

„Entwicklungsweise“ des Kapitalismus ... auch dann, wenn man am Schluss auf die Alternative zwischen Barbarei und Sozialismus verweist. Konkreter wird es ja nicht.

Was hier in Bezug auf die Heterogenität der Arbeitsbedingungen theoretisch geschieht, gilt mit Abstrichen für den ganzen Text: Aspekte des sozialen Lebens, die grundsätzlich bestimmt sind durch die historisch-spezifische gesellschaftlichen Form (Wertform, Kapitalform) werden behandelt als Aspekte einer „besonderen Entwicklungsweise des Kapitalismus“. Außerdem werden Differenzen und Besonderheiten, die sich aus der Arbeitsteilung und den jeweiligen Besonderheiten des konkreten Arbeitsprozessen ergeben durcheinander gebracht mit Differenzen und Besonderheiten, die sich eben aus Wert- und Kapitalform ergeben. Das zeigt sich auch in der Behandlung „*des spezifischen Gebrauchswertes von Fürsorgearbeiten*“.

### III.

Der globale „Ausnahmestand“ des globalen Kapitalismus drückt sich nach Meinung der Prokla-Redaktion auch im Geschlechterverhältnis und der „*Krise der sozialen Reproduktion*“ aus. Da ist u.a. folgendes zu lesen:

„*Die Unterwerfung der Fürsorgearbeit unter die Lohnform und die Inwertsetzung reproduktiver Sektoren wie Gesundheitsversorgung und Pflege tragen zu Qualitätsverlusten der Arbeit bei, indem Arbeitsabläufe ständig unter ökonomischen Gesichtspunkten reorganisiert werden. Dadurch nimmt der Zeitdruck zu und der spezifische Gebrauchswert von Fürsorgearbeiten wird untergraben.*“ S. 512

Merkwürdig! Der spezifische Gebrauchswert jeder Arbeit fürs Kapital besteht darin, dass sie ihm Mehrwert produziert. Dazu muss sie aber Lohnarbeit werden. Die „*Unterwerfung der Fürsorgearbeit unter die Lohnform*“ wird hier ja auch ausdrücklich erwähnt. Wieso soll dann durch die Lohnform „*der spezifische Gebrauchswert von Fürsorgearbeiten*“ untergraben werden? Fürs Kapital bekommt diese Arbeit ja erst durch die Lohnform ihren „*spezifischen Gebrauchswert*“. **„Inwertsetzung reproduktiver Sektoren“ bedeutet nichts anderes, als diesen „spezifischen Gebrauchswert“ fürs Kapital sozusagen freizusetzen und nicht ihn zu untergraben.** Wie schon bei der „Heterogenität der Arbeit“ unterscheiden die AutorInnen nicht zwischen der konkreten Formen der Arbeit, wie sie sich aus der Arbeitsteilung ergeben, und der Form der Lohnarbeit. Ändert sich die Form der Arbeit und wird zu Lohnarbeit, dann erhält sie einen anderen „*spezifischen Gebrauchswert*“. Sie muss dann vor allem Mehrwert produzieren. Die Fürsorge wird dem untergeordnet. Schlimmer noch. Fürsorgearbeit wird dann im Ernstfall nur noch geleistet, wenn tatsächlich Mehrwert produziert und realisiert wird.

Was das Geschlechterverhältnis selbst anbetrifft, so kommt die Familie auffallend gut weg. Die „*familiären Beziehung*“ leiden unter der „*Verknappung zeitlicher Ressourcen*“.

„*die Funktionsfähigkeit der Kleinfamilie als institutionelle Form der Reproduktion der Arbeitskraft*“ wird „*zunehmend infrage gestellt*“ S. 512

„*die Entgrenzung und Verlängerung der Arbeitszeiten wirkt sich negativ auf das Familienleben aus*“  
*ebenda*  
usw. usf.

Vor dieser „neoliberalen, finanzdominierten Entwicklungsweise des Kapitalismus“ muss das Familienleben irgendwie besser gewesen sein; zumal die Kleinfamilie dazumal wohl ihre „*Funktionsfähigkeit*“ als „*institutionelle Form der Reproduktion der Arbeitskraft*“ unter Beweis stellen

konnte. Irgendeine Kritik daran??? Vonwegen „Geschlechterverhältnis“? Ich hab da so gut wie nichts gefunden.

Auch in Bezug auf die alte Kleinfamilie verliert sich der Artikel in den raschen Veränderungen und Verschlechterungen mit denen man bei der „kritisch-materialistischen Analyse“ nicht nachkommt. Kritisiert man am Kapital eigentlich nur noch seine sozusagen entartete „Entwicklungsweise“, geprägt durch Neoliberalismus und Finanzkapital, so an der Kleinfamilie ihren Funktionsverlust und die Tatsache, dass sich Entgrenzung und Verlängerung der Arbeitszeiten „negativ auf das Familienleben“ auswirkt. Das Familienleben selbst und das Geschlechterverhältnis, was dieses Familienleben nicht zuletzt ausmachte, ist kaum der Kritik wert.

Zur traditionellen Funktion der patriarchalischen Kleinfamilie gehörte und gehört es, dass Männer sich der „unbezahlten Fürsorgearbeit“ verweigern. Davon ist nirgends die Rede!

Daraus folgt ja nicht, dass man sich die Resultate der Emanzipationsbestrebungen von Frauen und der radikalen Linken insgesamt schön redet. Die Kritik dieser Resultate sollte aber nicht zu Leugnung ihrer berechtigten und notwendigen Ausgangspunkte führen.

Es bleibt zweierlei, ob ich den Funktionsverlust der patriarchalischen Kleinfamilie kritisiere oder die Zustände, zu denen dieser Funktionsverlust im Kapitalismus geführt hat! Die „soziale Reproduktion“ hat sich verändert, nicht ausschließlich zum Nachteil der Frauen. Die neue entstandenen, sich ausdehnenden gesellschaftlichen Formen „sozialer Reproduktion“ werden jedoch bestimmt und beherrscht von Kapital und Staat. (Was nicht verwundern kann.) Das ist das Resultat von ökonomischer Entwicklung **und gescheiterten Emanzipationsbestrebungen**. Die Kritik an den Zuständen in Kindergärten, Kindertagesstätten, Altenheimen, Krankenhäusern, die Kritik daran, wie diese gesellschaftlichen Formen der „sozialen Reproduktion“ organisiert ist usw. usf., bedarf aber nicht der Verklärung des „Familienlebens“ und der „Funktionserfüllung“ in der patriarchalischen Kleinfamilie. Den Funktionsverlust der patriarchalischen Kleinfamilie muss man nicht beklagen und die Kritik an der patriarchalischen Kleinfamilie bleibt aktuell wie eh und je.

#### IV.

Am Schluss des Artikels werden „der Linken“ Aufgaben gestellt. Darin wird abschließend betont, dass es „um die Alternative Sozialismus oder Barbarei“ gehe.

Die Alternative des Sozialismus hat es angeblich schon mal gegeben. Auf Seite 530 wird festgestellt, „in Russland hatte sich eine sozialistische Revolution erfolgreich behauptet“.

Aus dieser erfolgreichen Behauptung einer sozialistischen Revolution wurde dann aber irgendwann der „real existierende Sozialismus“. Über den heißt es:

„Der >real existierende Sozialismus< hat sozialistisch-kommunistische Bestrebungen weitgehend diskreditiert, und diese Hypothek wirkt sich bis heute aus.“ S. 537

Diesen letzten Satz würde ich unterschreiben. Aber wie geht das mit der Behauptung zusammen, in Russland habe sich nach dem 1. Weltkrieg eine sozialistische Revolution erfolgreich behauptet?

Man hebt hervor, dass diese Revolution damals „umfassend Unterstützung im Westen“ fand.

Das besagt aber noch lange nicht, dass es sich um eine erfolgreiche sozialistische Revolution gehandelt hat. Wenn das damals eine erfolgreiche sozialistische Revolution war, was nehmen wir dann davon mit? Woran halten wir fest? Am Staatseigentum der Produktionsmittel? An der absolutistischen Herrschaft einer „proletarischen Partei“? Oder woran sonst?

Von der Barbarei, von ihren modernen Formen können wir uns ein Bild machen. Dafür haben nicht nur das nationalsozialistische Deutschland und Japan im vergangenen Jahrhundert gesorgt. Barbarische Zustände finden wir ganz aktuell an verschiedenen Orten auf dem Globus. Barbarei ist also nicht nur

eine künftige Gefahr, sondern sie hat existiert und sie existiert aktuell. (Das Leben in den Slums und auf den Müllhalden von Megacities produziert Barbarei und ist Ausdruck davon, überall wo Krieg auf der Tagesordnung steht, macht sich Barbarei breit, der sich entwickelnde Terrorismus, ob als Staatsterrorismus oder in den Formen der Selbstmordattentäter, ist Ausdruck von Barbarei usw.) Über den Sozialismus - wenn man ihn denn als einen Zustand sozialer Emanzipation versteht, ohne Ausbeutungsverhältnisse, ohne Herrschaft von Menschen über Menschen – lässt sich gleiches nicht sagen.

Wenn es um die Alternative zwischen Sozialismus und Barbarei geht, dann muss man doch mindestens eine Vorstellung davon gewinnen, wie denn dieser Sozialismus aussehen soll, wenigstens in seinen Grundzügen ... und auch wodurch er sich eben von diesem „real existierenden Sozialismus“ unterscheiden muss. Anders lässt sich die „belastende Hypothek“ kaum beseitigen.

Es gibt auch Leute, die sich mit der Frage nach der sozialistischen Alternative beschäftigen. So hat Herman Lueer jüngst ein interessantes und lesenswertes Buch unter dem Titel *„Kapitalismuskritik und die Frage nach der Alternative“* veröffentlicht. Man muss dem weder in allen Fragen der Kapitalismuskritik folgen, noch in der Skizzierung der *„Organisierung einer Gesellschaft jenseits von Eigentum, Ware, Geld und Kapital“*, aber es wäre eine dringliche „Aufgabe der Linken“, solche Bücher zu diskutieren und sich in diesen Fragen Klarheit zu verschaffen. Wenn „die Linke“ das nicht tut, erübrigen sich manch andere Aufgabenstellungen von selbst.

Aus meiner Sicht ist es jedenfalls auch „hohle Brosche“, wenn man in Überfliegermanier eine „besondere Entwicklungsweise“ des Kapitalismus aufs Korn nimmt, am Schluss die Alternative von Sozialismus oder Barbarei drohend an die Wand malt, ohne auch nur ansatzweise erkennen zu lassen wie denn dieser Sozialismus aussehen soll.

Entweder die AutorInnen haben das für sich geklärt, behalten es aber aus irgendwelchen Gründen für sich, oder aber, das mit dem Sozialismus ist nicht wirklich ernst gemeint. „Der Linken“ scheint es jedenfalls nicht an verbindenden sozialistischen Vorstellungen zu mangeln. „Sozialismus“ als Beschwörungsformel reicht wohl allemal aus. Was also fehlt?

*„Es fehlt ein integrales Programm, das über die beschränkten Kreise der heutigen Linken hinaus attraktiv und überzeugend ist, und vor allem eine Strategie, um ein solches Programm durchzusetzen. Es sind auch neue Organisationsformen der Linken notwendig, die es ermöglichen, dass die Subalternen selbst zu Protagonisten werden, die alternative Formen populärer Macht, neue Formen der Demokratie entwickeln: sie müssen die politischen Institutionen umbilden und sich die materielle Produktion des Lebens auf neue Weise aneignen.“ S. 539*

Im zweiten Teil dieses Zitats ist erst die Rede von *„neuen Organisationsformen der Linken“*, *„alternativen Formen populärer Macht“*, *„neuen Formen der Demokratie“*, damit *„die Subalternen selbst zu Protagonisten werden“*. Das hört sich erstmal gut an. Dann aber heißt es, dass die „Subalternen“ die politischen Institutionen „umbilden“ müssen. Dem kann ich nicht folgen! Entweder es geht um **„alternative Formen populärer Macht“**, **„neue Formen der Demokratie“** oder um die **„Umbildung“** der bestehenden politischen Institutionen. Wenn die Umbildung möglich und sinnvoll ist, dann braucht es keine Alternativen, die daneben entstehen.

Klar: das ist die Frage nach politischer Reform oder politischer Revolution, die hier offensichtlich umgangen werden soll. Es ist die Frage, ob die bestehenden politischen Institutionen umgebildet oder durch andere, die alternativ dazu entstehen, ersetzt werden. Überzeugend ist das jedenfalls nicht, sondern eher sehr schwammig!

Woran es nach Auffassung der AutorInnen aber hauptsächlich mangelt, ist „*ein integrales Programm ... und vor allem eine Strategie, um ein solches Programm durchzusetzen.*“

Damit ist die Aufgabe gestellt. Aber wer soll sie lösen? „Die Linke“? Es wäre hilfreich gewesen, wenn auch hier wenigstens ein paar Grundzüge des „*integralen Programms*“ und der Strategie skizziert worden wären.

Über das Programm erfahren wir noch, dass es „*über die beschränkten Kreise der heutigen Linken hinaus attraktiv und überzeugend*“ sein muss.

Es wäre ja schon mal was, wenn es ein Programm gäbe, was innerhalb der beschränkten Kreise der heutigen Linken attraktiv und überzeugend wirken würde. Dann gäbe es weniger Zersplitterung und mehr gemeinsame Aktivität. Allein dadurch entstünde Attraktivität über die beschränkten Kreise der Linken hinaus. „Vielfalt“ der theoretischen Kritik und die unterschiedlichsten „Sozialismusvorstellungen“ lassen das aber kaum zu. Und solange das so ist, kann man gemeinsame Aufgaben „der Linken“ so viele formulieren, wie man will. Es wird nichts nützen.

Ein attraktives und überzeugendes Programm wäre natürlich prima, denn unattraktive und nicht überzeugende Programme gibt es ja in der Linken genug! Aber man weiß ja nicht vorher, ob ein Programm tatsächlich eine solche positive Wirkung über die beschränkten Kreise der Linken hinaus erzielt. Darüber entscheiden nicht die VerfasserInnen des Programms und auch nicht „*die beschränkten Kreise der heutigen Linken*“.

Wodurch also könnten **nach Auffassung der AufgabenstellerInnen** Attraktivität und Überzeugungskraft eines solchen Programms entstehen? Was sollte in dem Programm stehen, welche Ziele, welche Forderungen? Was sollte man besser weglassen? Was dürfte auf gar keinen Fall drinstehen?

Schweigen im Walde. Aber schön, dass „der Linken“ eine Aufgabe gestellt ist. Darauf hat sie gewartet und wird die Aufgabe wohl zügig lösen.

Und damit wäre ich am Schluss meiner Ausführungen, was nicht heißt, dass das alles wäre, was ich zu kritisieren hätte. Es gibt keine Seite des Textes, auf der ich nicht mehrere Fragezeichen gesetzt hätte, wo ich mich nicht an bestimmten Formulierungen gestoßen hätte. Der ganze Text ist für mich weder attraktiv noch überzeugend.

Robert Schlosser  
Januar 2016